Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Will Selenskij den Krieg noch drei weitere Jahre fortsetzen?
2. Streit um Druschba-Ölpipeline: Ungarn blockiert 20. EU-Sanktionspaket gegen Russland
3. Mariupol – „russifiziert“ oder „nach Russland zurückgekehrt“?
4. Rüstungsdeals: EU-Emanzipationsversuch verstört USA
5. Lars Klingbeils gesammelte Irrlehren
6. Rentenreform ist überfällig – aus Erfahrungen Orientierung gewinnen
7. KI am Arbeitsplatz kann in mehr Arbeit und Burnout enden
8. Rechte wollen Lohnabhängige trotz 100-Prozent-Job aufs Sozialamt schicken
9. EU ignoriert eigene Urteile: Trotz Niederlage bleiben Sanktionen bestehen – Berlin schweigt
10. US-Sanktionen gegen Richter in EU: Leben ohne Kreditkarte und Amazon
11. Forschung, Förderung, Verantwortung: Wie deutsche Unis in Israels Militärindustrie eingebunden sind
12. Wenig Nutzen, hohe Hürden
13. Smartphons für Kleinkinder: Der digitale Schnuller
14. Wenn Kinderschänder Kinder vor TikTok schützen wollen, geht es wahrscheinlich um etwas anderes
15. Die OAZ ist da – und der Westen dreht durch

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Will Selenskij den Krieg noch drei weitere Jahre fortsetzen?**
   Der ukrainische Präsident Selenskij soll – wahrscheinlich mit Unterstützung europäischer Regierungen – darauf abzielen, den Krieg gegen Russland fortzusetzen und die Friedensverhandlungen ins Leere laufen zu lassen, was allerdings auch das Interesse Russlands zu sein scheint. Das scheinen Informationen des WSJ-Journalisten Boyan Panchevskiy zu bestätigen, die er in einem Interview mit Bild-Chefredakteur Paul Ronzheimer äußerte, allerdings ohne Belege. Selenskij habe vor der Münchner Sicherheitskonferenz seinem engsten Kreis gesagt, dass die Verhandlungen gescheitert seien und Vorbereitungen getroffen werden müssten, um weitere drei Jahre zu kämpfen.
   Die Positionen sind klar: Russland will den Rest des Donbass, wobei es von Trump hier unterstützt wird, und lehnt westliche Truppen als Sicherheitsgarantie für die Ukraine und einen Nato-Beitritt ab, Selenskij will das Territorium nicht den Russen überlassen und fordert verpflichtende Sicherheitsgarantien der USA, die Trump nicht geben will.
   Quelle: Florian Rötzer auf Overton Magazin

   Anmerkung unserer Leserin S.B.: *Könnte sein, könnte nicht sein, alles eben spekulativ. Wichtig finde ich hier die Betonung auf „Das sei eine sehr kostspielige Frage“. Ich denke, es wird daran scheitern, dass sich die EU diesen Krieg einfach nicht mehr leisten kann. Bezweifle, dass die Bürger noch dahinterstehen werden, wenn es Sozialeinschnitte gibt und weitere Schulden in der EU, um diesen Krieg weiter zu finanzieren. Doch worüber kaum gesprochen wird sind die menschlichen Verluste, die noch kommen werden. Waffen und Geld ersetzen kein Menschenleben. Und Rettung von Menschenleben muss das Maß aller Dinge sein.*

   dazu auch: **Bundesregierung soll Friedensverhandlungen konstruktiv begleiten**
   Anlässlich des 4. Jahrestages des Ukrainekrieges fordert die IPPNW von Bundesregierung und EU einen Strategiewechsel in ihrer Ukrainepolitik. Sie sollten die derzeit stattfindenden Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine unter der Leitung der USA durch eigene diplomatische Vorschläge konstruktiv begleiten. Die Friedensorganisation fordert die Bundesregierung auf, ihre Politik am Schutz von Leben und Gesundheit der Menschen auszurichten. Kriegstüchtigkeit und Hochrüstung schaffen keine Sicherheit. Dazu gehört, dass die Bundesregierung und die EU wieder eigene Gesprächskanäle und Dialogformate und diplomatische Kontakte mit Russland initiiert oder reaktiviert.
   Deutschland solle sich zudem innerhalb der NATO für ein gesichertes Ende der NATO-Osterweiterung einsetzen, eingebettet in das Prinzip der Gemeinsamen Sicherheit, das sowohl die Sicherheitsinteressen Russlands als auch jene der Ukraine berücksichtigt.

Wenn die Verhandlungsbemühungen des US-Präsidenten scheitern sollten, droht die Ausweitung des Krieges und das Risiko einer nuklearen Eskalation steigt weiter.
Quelle: IPPNW

2. **Streit um Druschba-Ölpipeline: Ungarn blockiert 20. EU-Sanktionspaket gegen Russland**
Budapest hat Veto gegen neue Russland-Sanktionen eingelegt und fordert die Wiederaufnahme von Öllieferungen durch die Ukraine. Kallas dämpft nun die Erwartungen an das Treffen in Brüssel.
Die Verabschiedung des 20. EU-Sanktionspakets gegen Russland scheint am Montag in Brüssel an Ungarns Widerstand zu scheitern. Budapest blockiert die neuen Strafmaßnahmen und verknüpft seine Zustimmung mit der Wiederaufnahme russischer Öllieferungen über die durch die Ukraine verlaufende Druschba-Pipeline. Damit droht der geplante symbolträchtige Beschluss zum vierten Jahrestag des russischen Einmarsches am Dienstag zu platzen.
Quelle: Ostdeutsche Allgemeine

Anmerkung unserer Leserin S.B.: *Wenn die EU sich nicht endlich anstrengt, diesem Krieg ein Ende zu bereiten, könnte es passieren, dass die EU zerbricht. Was Ungarn, Slowakei und Tschechien anbelangt, so steht die EU vor dem Problem, soll sie jetzt zu ihren Mitgliedern stehen, oder zum Nicht-Mitglied Ukraine. Die einen werfen den anderen Erpressung vor, und Wadephul meint dazu, Ungarn verrate seinen eigenen Kampf für die Freiheit. Welche Freiheit hier genau verraten wird, darauf geht er nicht ein.*

3. **Mariupol – „russifiziert“ oder „nach Russland zurückgekehrt“?**
Am 24. Februar 2022 stieß die russische Armee in Richtung der ukrainischen Hafenstadt Mariupol vor. Einen Monat später kontrollierten die russischen Streitkräfte nach schweren Kämpfen die Stadt. Die rechtsradikale Militäreinheit Asow, die sich im Asow-Stahlwerk verbarrikadiert hatte, musste Mitte Mai 2022 aufgeben. Die deutschen Medien berichteten in den letzten Jahren nur noch sehr wenig über Mariupol. Es wurde behauptet, Russland versuche Mariupol mit Wiederaufbaumaßnahmen „zu russifizieren“. Im Januar 2026 fuhr ich selbst nach Mariupol. Denn nur wer beide Seiten eines Konflikts beleuchtet, bekommt ein realistisches Bild. Die Reise wurde von der Gesellschaftskammer der russischen Stadt Iwanowo organisiert. Als ausländischer Journalist ohne offizielle Begleitung im Donbass zu reisen, ist in Kriegszeiten nicht möglich.
Quelle: Ulrich Heyden auf Overton Magazin

Anmerkung unserer Leserin S.B.: *Wir wurden durch die Medien zwar informiert über den Stromausfall in der Ukraine durch russischen Beschuss, und es gab hohe Wellen, weil damit zivile Infrastruktur angegriffen wurde. Nicht informiert wurden wir darüber, dass auch Donezk durch Angriffe von Kiew aus in ähnlicher Situation war. Es gibt da jetzt nichts zu relativieren, Krieg ist Krieg, Eskalation folgt auf Eskalation, aber es ist ein Beweis über die einseitige Information durch unsere Leit-Medien.*

4. **Rüstungsdeals: EU-Emanzipationsversuch verstört USA**
   Die EU will unabhängiger von den USA werden, auch militärisch – derzeit stammt das Gros der Rüstungsimporte aus den Vereinigten Staaten. Der Ausbau der Verteidigungsindustrie wurde eingeläutet, bis 2030 sollen mindestens 40 Prozent der Beschaffungen unionsintern erfolgen. Zwar hat Washington Europa wiederholt zur militärischen Eigenständigkeit aufgefordert, doch auf Geschäfte will man offenbar nicht verzichten, im Gegenteil: Sollten US-Unternehmen aus dem Markt gedrängt werden, sei mit Gegenschlägen zu rechnen, berichtete das Nachrichtenportal Politico diese Woche.
   Quelle: ORF
5. **Lars Klingbeils gesammelte Irrlehren**
   Lars Klingbeil hat in einem Interview mit der FAZ einen tiefen Einblick in seine Vorstellungswelt gegeben. Man merkt fast jedem seiner Worte an, wie sehr er sich in der FAZ-Welt wohlfühlt und folglich aus seinem Herzen keine Mördergrube macht. Doch die Wahl seiner Worte in fast allen seinen Antworten zeigt, wie sehr er genau den wirtschaftlichen Vorurteilen verhaftet ist, von denen sich die SPD längst hätte emanzipieren müssen.
   Zum Streit um die „hohe Beitragslast“ sagt er:
   „Heute tragen vor allem Arbeitseinkommen die Beitragslast. Wir wollen die Lohnnebenkosten senken. Deswegen geht es uns als SPD um die Frage, wie auch Kapitaleinkünfte herangezogen werden können. Da kann es auch angemessene Freibeträge geben…Ich finde es berechtigt, ernsthaft und ohne Hysterie darüber zu reden, wie Einkommen aus Kapital und Einkommen aus Arbeit behandelt werden. Es geht darum, wie wir den Faktor Arbeit entlasten können. Diese Debatte wird nicht nur in der SPD geführt und sie ist wichtig, damit unsere Gesundheits- und Pflegesysteme auch künftig stabil finanziert sind.“
   Warum will die SPD die Lohnnebenkosten senken und den „Faktor Arbeit“ entlasten? Wo ist die Diagnose, die sagt, die Lohnnebenkosten wären in irgendeinem Sinne zu hoch und Arbeit in irgendeinem Sinne in Deutschland zu teuer? Der Vorsitzende der SPD und Bundesfinanzminister wiederholt ohne Not einfach die Parolen, die stündlich von der CDU verbreitet werden.

Quelle: Relevante Ökonomik

6. **Rentenreform ist überfällig – aus Erfahrungen Orientierung gewinnen**
   Eine Rentenreform ist überfällig – aus Erfahrungen Orientierung gewinnen

   > „Wenn du nicht mehr weißt, wohin du gehen sollst, halte inne und schau zurück, woher du gekommen bist."

   Die Anwendung dieser alten, aus Afrika stammenden, Weisheit, kann bei der Suche nach einer gründlichen Rentenreform, überaus hilfreich sein. Eine nur oberflächliche Behandlung der Geschichte, oder gar Geschichtsfälschungen, führen dabei schnell zu Abwegen oder in Sackgassen.
   Bei der Vorstellung des Rentenpakets II der geplatzten Ampelregierung am 6. März 2024, verstieg sich Finanzminister Christian Lindner zur Lobpreisung seines Projektes Generationenkapital – sprich Aktienrente – in die Behauptung:

   > „Über ein Jahrhundert wurden die Chancen des Kapitalmarktes in der gesetzlichen Rentenversicherung liegen gelassen, jetzt nutzen wir sie…"

   Das war eine grobe Geschichtsfälschung, die im öffentlichen Raum unwidersprochen blieb. Dabei ist das genaue Gegenteil richtig.
   Quelle: Seniorenaufstand

7. **KI am Arbeitsplatz kann in mehr Arbeit und Burnout enden**
   Eine neue Studie zeigt: Mehr Künstliche Intelligenz in Betrieben erhöht nicht zwangsläufig die Produktivität der Mitarbeiter, sondern verdichtet ihre Arbeit. Ergebnisse werden oft schlechter, zusätzliche Aufgaben können sogar zum Burnout führen.
   Künstliche Intelligenz kann die Arbeitslast deutlich reduzieren, indem sie Mitarbeitern zum Beispiel einfache Routinearbeiten abnimmt. Dann bleibt mehr Zeit für die Kernaufgaben und den kreativen Arbeitsprozess. Viele Unternehmen versprechen sich durch den Einsatz von KI-Tools mehr Effizienz. Doch laut einer jüngst veröffentlichten Studie aus Kalifornien [externer Link] passiert oft das Gegenteil: Künstliche Intelligenz am Arbeitsplatz reduziert nicht die Arbeit – sie intensiviert sie.
   Quelle: BR24
8. **Rechte wollen Lohnabhängige trotz 100-Prozent-Job aufs Sozialamt schicken**
   Sie zündeln weiter: Die bürgerliche Mehrheit der Kommission für soziale Sicherheit

und Gesundheit des Ständerates (SGK) will ein Bundesdiktat für Hungerlöhne und den Sonntag zum gewöhnlichen Arbeitstag machen. Die Gewerkschaften wiederholen ihre Referendumsdrohung.
Seit Jahren reiten ideologische Arbeitgeber via ihre Parteien Angriff um Angriff auf die Rechte der Arbeitnehmenden. Die Lohnabhängigen sollen 7 Tage die Woche 17 Stunden arbeiten und das am liebsten noch zu Löhnen, die unter dem Existenzminimum liegen. (…)
Denn, wie sagte doch im März 2025 Arbeitgeberdirektor Roland A. Müller vor der nationalrätlichen Wirtschaftskommission: Ein existenzsichernder Lohn ist «nicht die Aufgabe der Arbeitgeber». Und: «Irgendwo hört es auf. Da muss dann schliesslich die Sozialhilfe einspringen.» (…)
Das ist purer Hohn für Coiffeusen, Gastroangestellte, Reinigerinnen und all die anderen, die für Hungerlöhne schuften müssen und trotzdem nicht über die Runden kommen.
Quelle: work

Anmerkung Christian Reimann: *Das betrifft hier konkret die Schweiz, aber die Angriffe auf den Sozialstaat sind auch hierzulande enorm. Jedoch in Deutschland hat mitnichten „das Volk das letzte Wort“.*

9. **EU ignoriert eigene Urteile: Trotz Niederlage bleiben Sanktionen bestehen – Berlin schweigt**
   Die EU ignoriert Gerichtsurteile bei Sanktionen. Trotz dreifacher Niederlagen werden Personen erneut gelistet. Was bedeutet das für die Rechtsstaatlichkeit?
   Es gibt ein Versprechen, das Vertreter der Bundesregierung in der Bundespressekonferenz gebetsmühlenartig wiederholen: „Der gerichtliche Weg steht offen.“ Es klingt rechtsstaatlich, europäisch, beruhigend. Doch was geschieht, wenn Betroffene diesen Weg gehen – und gewinnen? Wenn sie nicht einmal, sondern dreimal vor dem Gericht der Europäischen Union obsiegen? Die Antwort: nichts. Sie bleiben auf der Liste.
   Quelle: Berliner Zeitung
10. **US-Sanktionen gegen Richter in EU: Leben ohne Kreditkarte und Amazon**
    Der französische Richter am Internationalen Strafgerichtshof ist Ziel von US-Sanktionen. Nicolas Guillou fordert Unabhängigkeit im Zahlungssystem.
    Nicolas Guillou war gerade auf dem Fahrrad in der Bretagne unterwegs, als er von den Sanktionen der US-Regierung gegen ihn erfuhr. „Jetzt fangen die Probleme an“, dachte er sich an jenem Tag Ende August 2025, wie er der Zeitung Libération berichtete.

Und so war es auch: Das Leben des französischen Richters am Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag geriet völlig durcheinander. Der 50-Jährige kann seither seine Kreditkarten nicht mehr nutzen. Auch seine Konten bei US-Unternehmen wie Amazon, Paypal oder Netflix sind gesperrt. Nicht einmal Päckchen kommen an, wenn sie vom US-Paketdienst UPS zugestellt werden. „Ich kaufe nichts mehr online. Ich bin um 40 Jahre zurückgefallen."
Quelle: taz

11. **Forschung, Förderung, Verantwortung: Wie deutsche Unis in Israels Militärindustrie eingebunden sind**
Wenn deutsche Universitäten von Exzellenz, Internationalisierung und strategischen Partnerschaften sprechen, bleibt meist unsichtbar, welche politischen und ökonomischen Interessen diese Kooperationen tragen. Kaum thematisiert wird die Beteiligung deutscher Unis an Israels militärisch-industriellem Komplex und deren Rolle im Genozid in Gaza.
Deswegen richtet Prof. Dr. phil. Sabine Broeck im zweiten Teil ihres Beitrags den Blick auf europäische Forschungsförderung, die strategische Rolle Israels in Programmen wie Horizon 2020, auf die engen Verflechtungen zwischen Hochschulen und Rüstungsindustrie sowie auf konkrete Beispiele aus Deutschland. Zugleich dokumentiert sie internationale Initiativen und studentische Bewegungen, die einen politischen Kurswechsel fordern und den Wiederaufbau der palästinensischen Hochschulbildung ins Zentrum stellen.
Quelle: etos.media
12. **Wenig Nutzen, hohe Hürden**
Die elektronische Patientenakte bringt für Versicherte derzeit wenig Nutzen. Das ist die Bilanz des Verbraucherzentrale Bundesverbandes (vzbv) knapp ein Jahr nach dem bundesweiten Start. „Die elektronische Patientenakte schöpft ihr Potenzial derzeit nicht aus", sagte Ramona Pop, Vorständin des vzbv am Mittwoch. Einer Umfrage des Verbandes zufolge nutzen nur 14 Prozent der Versicherten die digitale Akte aktiv, loggen sich also per App oder am Computer ein. Eine Abfrage des Redaktionsnetzwerks Deutschland im Januar bei den Krankenkassen war zu noch niedrigeren Zahlen gekommen: Demnach nutzen nur 3,6 Prozent der gesetzlich Versicherten die Akte aktiv.
Quelle: taz
13. **Smartphons für Kleinkinder: Der digitale Schnuller**
Die wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Beziehungsfähigkeit und vor allen die Beziehungsbedürftigkeit des Säuglings und Kleinkindes werden immer bekannter und ernst genommen. Forscher, wie Bowlby, René A. Spitz und Adolf Portmann haben ihre Forschungsergebnisse bereits vor vielen Jahren dargelegt und werden zunehmend von

der Fachwelt aufgenommen. Eine breite Aufklärung der Bevölkerung, vor allem bei den jungen Eltern, fehlt allerdings noch weitgehend. So übernehmen wir gerne die Warnungen des Vereins “Verantwortung für die Familie”, gegründet von der inzwischen über hundert Jahre alt gewordenen Psychotherapeutin und Autorin* Christa Mewes.
Smartphones prägen inzwischen nicht nur den Alltag von Jugendlichen, sondern machen sich immer mehr auch auf Wickeltischen, in Kinderwagen und im Laufstall breit:
Quelle: Seniora.org

14. **Wenn Kinderschänder Kinder vor TikTok schützen wollen, geht es wahrscheinlich um etwas anderes**
Ein Verbot von Social Media für Kinder und Jugendliche wird weltweit vorangetrieben, angeblich um sie zu schützen. Vorangetrieben wird es von einer globalen „Elite“, die jahrzehntelang Jugendliche und Kinder missbraucht und gequält hat und bis heute die Täter schützt. In Wahrheit geht es ihnen um ein Ende der nicht-überwachten Nutzung des Internets.
Angefangen hat es damit, dass Social-Media-Plattformen, Porno- und Glücksspielseiten Alterskontrollen einführen mussten, um – angeblich – Kinder vor für sie schädlichen Inhalten zu bewahren. Besonders umfassend ist diese Verpflichtung im Online Safety Act Großbritanniens. Dort wird sie mit besonderem Nachdruck durchgesetzt. Weil nach Einführung die Nutzung von Virtual Private Networks (VPN), die es erlauben, anonym im Internet unterwegs zu sein, durch die Decke ging, hat der britische Premier Keir Starmer nun seinen Plan vorgestellt, den Betreibern solcher Netzwerke vorzuschreiben, Alterskontrollen einzuführen. Damit wäre die wichtigste Möglichkeit für Journalisten, Aktivisten und normale Menschen beseitigt, ohne Überwachung und Speicherung ihrer Aktivität im Internet unterwegs zu sein.
Quelle: Norbert Häring
15. **Die OAZ ist da – und der Westen dreht durch**
Die Kritik an der OAZ verrät mehr über die Kritiker als über die Zeitung. Es geht um Deutungshoheit, nicht um Inhalte. Ein Leitartikel.
Die erste Ausgabe der Ostdeutschen Allgemeinen Zeitung liegt am Kiosk. Wir haben das Projekt vorab eingeordnet und eine faire Bewertung angekündigt. Die inhaltliche Besprechung folgt.
Aber schon jetzt lohnt ein Blick auf etwas anderes: die Reaktionen. Denn sie verraten mehr über den Zustand der deutschen Medienlandschaft als über die Zeitung selbst.
Quelle: Telepolis